

Die Chemie zwischen dem CDU-Europaabgeordneten und den BDS-Vertretern Hans-Peter Murmann und Andreas Gruschovnik stimmte sofort.



Ein unangepasster Querdenker

CDU-Europaabgeordneter Hermann Winkler: „Die Kommission versucht Dinge zu regeln, die die Nationalstaaten viel besser regeln können“

Hermann Winkler gehört zu den „musealen Raritäten“ innerhalb der Politikervernunft, die ihre Meinung nicht – wie es so schön heißt – an der Garderobe der Parteivorsitzenden abgeben. Sicher ist diese von Hermann Winkler häufig dokumentierte Haltung einer der Gründe dafür, warum die Chemie zwischen dem CDU-Europaabgeordneten und den BDS-Vertretern Hans-Peter Murmann, Andreas Gruschovnik und Joachim Schäfer sofort stimmte.

Winkler leistet sich – sprichwörtlich betrachtet – den Luxus, Mut zur eigenen Courage zu ha-

„Die EU-Kommission muss dazu übergehen, sich an selbst aufgestellte Regeln zu halten.“

ben. Schon als Staatsminister und Chef der Staatskanzlei unter Ministerpräsident Georg Milbradt war Winkler dafür bekannt, gegen den Strom zu schwimmen, wenn es galt, eigene Überzeugungen offensiv zu vertreten. Auch im Europäischen Parlament gilt Winkler, als Sprecher der ostdeutschen CDU-Abgeordneten innerhalb der EVP-Fraktion, als unangepasster Querdenker. So zählt er nicht erst seit gestern zu den prominenten Kritikern von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker. Und auch mit dem damaligen Präsidenten des Europäischen Parlaments und heutigem SPD-Spitzen-

kandidaten für die Bundestagswahl, Martin Schulz, hat Hermann Winkler den einen oder anderen Strauß ausgefochten.

Grund genug also für die BDS-Vertreter, das Gespräch mit dem studierten Diplom-Ingenieur zu suchen.

Degressive Proportionalität

Joachim Schäfer informierte den Europaparlamentarier über zunehmende Kritik aus Mitgliederkreisen an der Europäischen Union generell; vor allem aber an der Zusammensetzung des Europäischen Parlaments, weil Deutschland gemessen an seiner Einwoh-

nerzahl nur unzureichend vertreten sei.

Hermann Winkler räumte ein, dass 96 deutsche EU-Parlamentarier, gemessen an der Einwohnerzahl Deutschlands, nicht unbedingt repräsentativ seien, verwies aber in diesem Zusammenhang auf den Vertrag von Lissabon, der die sogenannte degressive Proportionalität beinhalte. Damit ist auch insgesamt eine Begrenzung auf 751 Abgeordnete gewährleistet. Danach habe Deutschland mit den genannten 96 Mandaten die Höchstzahl der möglichen Abgeordnetensitze erhalten. Nach seiner Ansicht sei auch nicht die Zahl der deutschen Abgeordneten die entscheidende Frage, sondern die Effektivität, mit der im Europäischen Parlament gearbeitet werde. Er plädierte seit Beginn seiner Tätigkeit im Europaparlament dafür, sich weniger mit Initiativberichten und Resolutionen zu beschäftigen, die keinerlei gesetzgeberische Funktionen hätten, sondern mit wichtigen grenzübergreifenden Problemen, hob Winkler hervor.

Vier Hauptschwerpunkte

Angesprochen auf eine Aussage des EU-Parlamentariers Hans-Olaf Henkel, der in einem Focus-Interview gesagte hatte, dass auf jeden Einwand, auf jede Krise die EU nur eine Antwort kenne, nämlich „mehr Europa“, sagte Winkler, auch er habe den Eindruck, dass die EU und damit auch die EU-Kommission oftmals zum Selbstzweck mutiert sei, weil sie die Interessen der europäischen Bürger aus den Augen verloren habe. Er habe des Öfteren den Eindruck gewonnen, „dass die EU-Kommission eine Lösung für ein Problem vorschlägt, das es in Europa überhaupt nicht gibt, wie im Fall der europäischen Dienstleistungskarte“. Deshalb setze er sich vehement innerhalb der EVP-Fraktion dafür ein, Schwerpunkte zu setzen und die richtigen Themen voranzubringen. Er selbst sehe in der Europäischen Union vier Hauptschwerpunkte: eine gemeinsame Außen-, Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, die Geld- und Währungsstabilität, Fragen des

Binnenmarktes und die Migrationspolitik. Wenn diese vier Themenschwerpunkte vernünftig bearbeitet würden, bekämen die Bürger auch wieder mehr Vertrauen in die Institutionen Europas, unterstrich Winkler.

In diesem Zusammenhang müsse auch die Frage gestellt werden, ob das Europa, wie wir es bisher kannten, noch angemessen sei und es nicht besser wäre, ein Europa der Projekte zu beginnen, um mehr Schwung in die europäische Idee zu bekommen. So ein Projekt könnte etwa der Euro oder die Verteidigungsunion sein.

Verloren gegangenes Vertrauen

„Wir beschließen etwas, stellen das in den Raum und warten dann einige Zeit ab, ob was passiert. Und wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt bis es kein Zurück mehr gibt.“ Konfrontiert mit diesem berühmten Eingeständnis von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker sprach Hermann Winkler Klartext: „In der Kommission arbeiten hochintelligente Frauen und Männer, die aber leider den wirklichen Kontakt zu den Menschen und Problemen vor Ort verloren haben.“ Das drücke sich dann auch in den Gesetzesvorschlägen aus – und das sei das eigentliche Problem. Die Kommission versuche oft Dinge zu regeln, die die Nationalstaaten, die Bundesländer und die Kommunen viel besser regeln könnten, weil sie näher an den Menschen seien. Vor allem aber müsse die EU-Kommission dazu übergehen, sich an selbst aufgestellte Regeln zu halten, betonte Winkler. Es könne nicht sein, dass sich europäische Staaten, die zum wiederholten Male die Maastricht-Kriterien nicht einhielten, wenn es um die Verschuldung ihrer Haushalte gehe, ungeschoren davonkämen. Dies sei einer der Gründe dafür, dass das Vertrauen in die europäische Idee verloren gegangen sei, zeigte sich der CDU/EVP-Parlamentarier überzeugt. A.S. ■



Zur Person

Hermann Winkler

Das Attribut „unbequem“ ist wohl die trefflichste Charakterisierung, um das politische Wirken von Hermann Winkler zu umschreiben. Der CDU-Politiker ist seit 2009 Mitglied des Europäischen Parlaments und Sprecher der ostdeutschen CDU-Abgeordneten innerhalb der EVP-Fraktion.

Entgegen der offiziellen Parteilinie warnte Winkler bereits im Jahr 2014 eindringlich vor weiteren Wirtschaftssanktionen gegen Russland. In einem Gespräch mit dem „gmx-Portal“ verdeutlichte der im sächsischen Grimma geborene und studierte Diplom-Ingenieur, dass sich Europa dringend aus dem Schatten der USA lösen und ein Grundverständnis für Russland entwickeln müsse. Als Konsequenz aus dieser Haltung stimmte er als einziger CDU-Abgeordneter im Europäischen Parlament gegen eine Entschließung, die sich mit dem Stand der Beziehungen zwischen der EU und Russland befasste und in der geäußert wurde, dass Russland nicht mehr als strategischer Partner behandelt oder angesehen werden könne.

Im Oktober 2016 stellte sich Winkler erneut quer zu seiner Parteiführung, indem er in einem Interview der Zeitschrift *Superillu* eine Koalition aus CDU und AfD auf Landes- und Bundesebene befürwortete, um eine „linke Republik“, also um eine rot-rot-grüne Koalition, zu verhindern (siehe Interview).

Bevor Hermann Winkler als Spitzenkandidat der sächsischen Union in das Europaparlament gewählt wurde, war er von 1990 bis 2009 Mitglied des Sächsischen Landtages und innerhalb dieser Zeitspanne (vom 11.11.2004 bis zum 07.11.2007) Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Chef der Sächsischen Staatskanzlei. Von 2005 bis 2009 vertrat er den Freistaat Sachsen im Ausschuss der Regionen (AdR) in Brüssel.

Neben seiner politischen Tätigkeit übernahm Winkler von 1998 bis 2004 das Präsidentenamt des Landessportbundes Sachsen und 2016 das des Sächsischen Fußball-Verbandes.

Der CDU-Europaabgeordnete Hermann Winkler ist verheiratet und hat zwei Töchter. ■



Hermann Winkler gehört zu den Politikern innerhalb der Christlich-Demokratischen Union, die offen die Flüchtlingspolitik der Europäischen Union und insbesondere die der Bundesregierung kritisieren. Auch würde Winkler eine Koalition mit der AfD grundsätzlich nicht ausschließen wollen, wenn es nach seiner Ansicht darum geht, ein rot-rot-grünes Bündnis auf Bundesebene zu verhindern.

Über beide Themenkomplexe sprach Joachim Schäfer mit dem CDU-Europaabgeordneten.

? Sie bewerten die Flüchtlingskrise als ein europäisches und zugleich deutsches Problem. Allerdings ist Europa in dieser Frage so zerstritten, dass eine Einigung unmöglich erscheint. Welche Lösungsvorschläge hätten Sie denn anzubieten?

Hermann Winkler: Zwei Dinge erscheinen mir besonders wichtig. Wir müssen einerseits einheitliche soziale Systeme für Asylsuchende entwickeln, sodass diese sich nicht die Rosinen rauspicken können und nur in die Länder gehen, in denen es die höchsten Sozialleistungen gibt. Soll heißen: wir müssen die unterschiedlichen Sozialleistungen in den 28 europäischen Staaten angleichen, damit kein Sozialtourismus entsteht. Außerdem ist es aus meiner Sicht zwingend notwendig, dass wir die Asylbewerber auf alle Mitgliedsstaaten nach Wirtschaftskraft und Einwohnerzahl des jeweiligen Landes verteilen, wobei ich auch deutlich herausstellen möchte, dass Europa nicht alle Asylsuchenden dieser Welt aufnehmen kann. Insofern gibt es schon eine faktische Obergrenze. Dabei muss deutlich gemacht werden, dass Europa klar unterscheiden muss zwischen denen, die Schutz benötigen und denen, die unter Umständen uns und unserer Lebensweise schaden wollen. Und da wären wir bei der Frage, wie ernst wir es mit der Einhaltung von europäischen Regeln meinen. Im Lissabon-Vertrag ist nämlich klar geregelt, dass europäische Außengrenzen gegen das unbefugte Eindringen von Nichteuropäern zu sichern sind. Und dies ge-

Reizthemen Flüchtlingskrise und AfD

MdEP Hermann Winkler: „Ich stehe nach wie vor zu meinen Aussagen“



nau ist zurzeit nicht gewährleistet. Im Gegenteil: Wir haben den ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orban, der sich an die europäische Gesetzgebung gehalten hat, europaweit, auch von der deutschen Bundesregierung, kritisiert. Und es kann auch nicht sein, dass sich in Deutschland Menschen aufhalten, die nicht registriert sind oder die mehrere Identitäten haben. Das regt die Menschen im Land zurecht auf.

? Wobei wir beim deutschen Problem wären.

Hermann Winkler: In der Tat. Die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung hat die Stimmung in Deutschland massiv verschlechtert. Einerseits erleben wir – besonders Mittelständler –, dass der normale Bürger bei den kleinsten Rechtsverstößen gnadenlos zur Verantwortung gezogen wird. Auf der anderen Seite wird über Nacht die Grenze eines Landes für den ungehinderten Zugang von Menschen geöffnet, von denen keiner weiß, woher sie kommen, wer sie sind und was sie hier wollen. Dafür werden ebenso über Nacht finanzielle Mittel frei gemacht oder der Vorschlag unterbreitet, Bauordnungen zu ändern. Nach meiner Erfahrung hat die Mehrheit der Bevölkerung überhaupt nichts gegen tatsächlich asylsuchende Menschen, die aus Kriegsgebieten fliehen mussten. Aber die einheimische Bevölkerung sieht auch, dass zwei Drittel der Flüchtenden, eben nicht die erhofften Fachkräfte sind, da sie keine entsprechende Ausbildung haben. Vielfach wird das Bild von jungen Männern wahrgenommen, die mit modernsten Handys ihren Geschäften nachgehen, statt ihre Kräfte dafür einzusetzen, ihr eigenes Land wieder aufzubauen. Deshalb müssen wir die Sorgen und Ängste der Bevölkerung sehr ernst nehmen und darauf reagieren. Deshalb war die Entscheidung die Grenze zu öffnen und ungehindert Zugang zu schaffen, eine falsche Entscheidung. Ich hätte dies noch als humanitären Akt verstehen können, wenn man in den Wochen darauf dann allerdings reagiert und umgesteuert hätte. Das dies nicht geschehen ist, ist ein Grund für die angespannte Situation in Deutschland.

? Österreichs Außenminister, Sebastian Kurz, fordert die Kürzung der Entwicklungshilfe für Länder, die sich weigern, abgelehnte Asylbewerber aus Europa zurückzunehmen. Wie bewerten Sie die Forderung des österreichischen Außenministers?

Hermann Winkler: Außenminister Kurz hat mit seiner Forderung meine uneingeschränkte Unterstützung. Ich fordere zudem Folgendes: Ich bin der Ansicht, dass wir den EU-Staaten, die nicht bereit sind, Asylbewerber aufzunehmen, die finanziellen Mittel der Strukturfonds kürzen. Zwar will die Kommission jetzt ein Vertragsverletzungsverfahren gegen diese Länder einleiten. Aber dieser Weg ist für mich viel zu bürokratisch. Insofern kämpfe ich weiter für meinen Vorschlag, bei Nichtaufnahme von Asylbewerbern die Strukturfonds zu kürzen.

? Österreichs Außenminister Kurz hat auch vorgeschlagen, Flüchtlinge mit dem Ziel Europa bereits im Mittelmeer abzufangen, um diese dann in ihre Heimat zurückzuschicken oder auf Inseln festzuhalten, während ihre Asylanträge geprüft werden. Kurz lehnt sich damit an Teile des „australischen Modells“ an. Wäre das auch ein Modell für die Europäische Union?

Hermann Winkler: Ich begrüße die Diskussion über die Vorschläge von Außenminister Kurz. Wir müssen auf jeden Fall dazu übergehen, dass wir Aufnahmezentren mit menschenwürdigen Aufenthaltsbedingungen in den Ländern schaffen, aus denen die Flüchtlinge kommen. Nur so können wir den Zustrom der illegalen Migranten reduzieren und die Menschen davor bewahren, den riskan-

ten Weg über das Mittelmeer anzutreten. Dazu ist es aber notwendig, strategische Partner – vor allen in den nordafrikanischen Ländern – zu finden.

? Der österreichische Außenminister hat für seine Vorschläge und Ansichten viel Beifall von der AfD bekommen. AfD soll das nächste Stichwort sein. Sie haben viel Wirbel im Medienwald erregt, als Sie im Oktober 2016 gegenüber der Zeitschrift Superillu folgende Aussage tätigten: „Wenn es eine bürgerliche Mehrheit gemeinsam mit der AfD gibt, sollten wir mit ihr koalieren. Sonst steuern wir auf eine linke Republik zu.“ Halten Sie auch heute noch an Ihrer Aussage fest? Dies vor allem mit Blick auf Bestrebungen innerhalb der SPD, mit einer rot-rot-grünen Bundesregierung die Union auf die Oppositionsbänke zu befördern?

Hermann Winkler: Ich stehe nach wie vor zu meiner Aussage, dass die CDU überlegen muss, wie man zukünftig Mehrheiten gewinnt. Das ist legitim, wenn die SPD gleichzeitig für eine linke Mehrheit, also für Rot-Rot-Grün wirbt. Aber genauso muss es legitim sein, wenn sich die Union nach anderen Partnern umschaute. Und wenn diese Umschau im demokratischen Spektrum passiert, muss das möglich sein. Zwar kann ich mir auch momentan eine Zusammenarbeit oder gar eine Koalition mit den Herren Höcke und Gauland oder mit Frau von Storch nur schwer vorstellen. Dennoch muss es gestattet sein, darüber zu debattieren mit einer Partei, die ein Wählerpotential zwischen zehn Prozent im Bund und über 20 Prozent in Sachsen – Anhalt hat, und die zum Teil Inhalte aus alten CDU-Programmen vertritt, grundsätzlich politisch zusammenzuarbeiten. Es muss daher erlaubt sein auszuloten, wo finde ich Mehrheiten, bevor Deutschland auf eine linke Republik zusteuert. ■



Mit Hermann Winkler sprach Joachim Schäfer